



Sachbearbeitung	Bildung und Sport		
Datum	19.03.2008		
Geschäftszeichen	BS-204/14-Se/hö		
Beschlussorgan	Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales	Sitzung am 08.05.2008	TOP
Vorberatung	Internationaler Ausschuss	Sitzung am 07.05.2008	TOP
Vorberatung	Schulbeirat	Sitzung am 17.04.2008	TOP
Behandlung	öffentlich		GD 117/08

Betreff: Islamunterricht an Ulmer Schulen

Anlagen: 1

Antrag:

Vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Gerhard Semler

Genehmigt: BM 2.OB	_____	Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des Gemeinderats:
_____	_____	Eingang OB/G _____
_____	_____	Versand an GR _____
_____	_____	Niederschrift § _____
_____	_____	Anlage Nr. _____

Sachdarstellung:

Zusammenfassende Darstellung der finanziellen Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen:	Nein
Auswirkungen auf den Stellenplan:	Nein

1. Einführung

In Ulm leben derzeit mehr als 8.000 Menschen mit muslimischem Glaubenshintergrund. In Baden-Württemberg gibt es bereits Erfahrungen aus einem Modellprojekt, das 2006/07 an 12 Grundschulen durchgeführt wurde. Das Projekt ist auf 4 Jahre angelegt. Eine Evaluation ist 2010 geplant. Ulm hat die Teilnahme an dem Modellversuch damals geprüft. Obwohl das Projekt für äusserst sinnvoll angesehen wurde, konnte es nicht realisiert werden. Im Regierungsbezirk Tübingen standen keine qualifizierten Lehrkräfte bereit.

Die Islamkonferenz von Bundesinnenminister Schäuble (CDU) in den letzten Wochen kam zum Ergebnis, Islamunterricht an Schulen zu realisieren, wo der Wunsch und/oder Bedarf besteht. Das Ergebnis ist ein Grund, Realisierungsmöglichkeiten in Ulm zu prüfen. Das Staatliche Schulamt für den Stadtkreis Ulm beabsichtigt, eine Bedarfsumfrage Ende 2008 / Anfang 2009 durchzuführen.

2. Grundsätzliches zum Islamunterricht

Als Rahmen für islamkundliche Grundinformationen dient der sogenannte **muttersprachliche Ergänzungsunterricht**. Die unterste Entwicklungsstufe verkörpert ein fremdsprachiges (i.d.R. türkisches) und von extern-staatlicher (i.d.R. türkischer) Seite gesteuertes Unterrichtsangebot, bei dem auch die Lehrkräfte im Dienst des fremden Staats stehen.

Ein entsprechendes Angebot gibt es in 4 Bundesländern:

- Baden-Württemberg
- Berlin
- Saarland
- Schleswig-Holstein

In Baden-Württemberg gibt es eine „Religionskundliche Unterweisung in islamischer Glaubens- und Sittenlehre“ im Rahmen des in konsularischer Verantwortung erteilten muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts. Auch in Berlin und im Saarland werden in dem vom Türkischen Generalkonsulat veranstalteten und verantworteten muttersprachlichen Ergänzungsunterricht Elemente des islamischen Glaubens vermittelt. In Schleswig-Holstein wird Islamunterricht im Rahmen des muttersprachlichen Unterrichts der Konsulatsschulen und/oder durch die Korankurse der Moscheevereine erteilt.

In zwei Schulstunden pro Woche lernen die Grundschüler/-innen die Grundlagen ihrer Religion näher kennen. Der Islam-Unterricht wird von Lehrkräften muslimischen Glaubens in deutscher

Sprache erteilt.

Grundlage für den sunnitisch orientierten Islamunterricht sind in einer Steuerungsgruppe erarbeitete Lehrpläne für die Grundschulklassen eins bis vier. Die sunnitischen Lehrkräfte wurden von der Staatlichen Schulverwaltung ausgewählt.

Der alevitische Religionsunterricht findet auf der Grundlage von Bildungsstandards statt, die von der Alevitengemeinde Deutschland e.V. für den Modellversuch in Baden-Württemberg entwickelt worden sind. Als eigenständige Religionsgemeinschaft hat die Alevitengemeinde die Auswahl der Lehrkräfte vorgenommen. Der alevitische Religionsunterricht wird nach Darstellung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport von erfahrenen Gläubigen mit pädagogischen Vorkenntnissen erteilt.

Sowohl die sunnitischen als auch die alevitischen Lehrkräfte wurden mit einer halbjährigen Qualifizierungsphase mit unterschiedlichen Modulen zur Bedeutung des Religionsunterrichts, zum Koran und dessen Exegese sowie zu den islamischen Rechtsschulen umfassend auf ihre Aufgabe vorbereitet. Die Fortbildungsmaßnahmen fanden an den Pädagogischen Hochschulen Ludwigsburg und Karlsruhe statt. Im Verlauf der sechsmonatigen Fortbildung wurden erste konkrete Unterrichtseinheiten für die Klassen eins und zwei entwickelt. Die Pädagogischen Hochschulen Weingarten, Karlsruhe und Ludwigsburg bieten seit dem Wintersemester 2007/08 einen Erweiterungsstudiengang „Islamunterricht“ für Studierende an.

An eine Ausdehnung auf weiterführende Schulen wird nach Informationen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport nicht nachgedacht.

3. Perspektiven

Bevor über eine Realisierung des Islamunterrichts an Ulmer Schulen nachgedacht wird, ist abzuwarten, bis in den nächsten Monaten eine Entscheidung zum Staatlichen Schulamt (Sitz und Leitung) getroffen ist. Danach sollte geklärt werden, wie Ulm mit dem Thema weiter verfährt.